

Fakten statt „Fake News“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht nur die „sozialen Netzwerke“ kämpfen mit „Fake News“. Die Urheber solcher Falschmeldungen behaupten gezielt Unwahrheiten, um andere zu diskreditieren oder auf deren Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Auch im zahnärztlichen Bereich hat die Unsitte Platz gegriffen, durch Falschmeldungen Aufregung zu provozieren. Dazu zählt die Behauptung, die notwendige Anhebung des KZVB-Verwaltungskostenbeitrags sei ein „teures Wahlgeschenk“ des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte. Noch verleumderischer ist die Unterstellung, dieser Beitrag sei „für zusätzliche Ämter und Posten und höhere Vorstandsgehälter eingeplant“.

Die Urheber solcher „Fake News“ verschweigen, dass in den letzten drei Jahren bereits eine Entnahme aus dem Vermögen der KZVB von rund drei Millionen Euro eingeplant war, um Haushaltslöcher zu stopfen. Verschwiegen wird auch, dass unter der Führung von Dr. Janusz Rat bereits mehr als drei Millionen Euro Mehrkosten für das mit knapper Mehrheit von Zukunft Zahnärzte Bayern (ZZB) gestartete Bauprojekt auf dem Grundstück unseres Zahnärztheuses nachbewilligt werden mussten.

Nicht zu vergessen: Der Haushaltsplanentwurf des alten KZVB-Vorstands für 2017 wurde mit einer erneuten Entnahme aus dem Vermögen in die Vertreterversammlung eingebracht. Nahezu infam ist die Behauptung aus der „Empörungs“-Fraktion, die finanzielle Ausstattung des neuen KZVB-Vorstands sei opulenter ausgefallen als bei dessen Vorgängern. Das ist schon insofern falsch, als die neuen Vorstandsverträge keine lebenslange Rentenzusage enthalten. Auch Prämienzahlungen wurden nicht mehr vereinbart. Die wortmächtigen Urheber dieser Falschmeldungen wissen das alles nur zu gut, trugen sie doch in der Vergangenheit kleinlaut Mitverantwortung sowohl für die Vergütung der KZVB-Vorstände als auch für andere millionenschwere Entscheidungen, die den Haushalt der KZVB noch auf Jahre belasten.

Der neue Vorstand wird gezielten Falschmeldungen einzelner Kollegen insbesondere aus dem ZBV München Stadt und Land und diverser Mailgroups aus dem ZBV Oberbayern mit Fakten entgegentreten. Das alles bringt zusätzlichen Aufwand mit sich. Aufwand, den diejenigen, die „Fake News“ in die Welt setzen, wohl als nächstes beklagen werden. Solche



Christian Berger
Vorsitzender des Vorstands
der KZVB



Dr. Rüdiger Schott
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der KZVB

Diskussionen führen aber auch dazu, dass unsere Selbstverwaltung infrage gestellt wird. Warum war es nicht möglich, das Fehlverhalten Einzelner abzustellen? Warum wurden dem Finanzausschuss der KZVB, zumindest seinem Vorsitzenden, bis Ende 2016 wichtige Kontrollrechte durch den Vorstand entzogen? Warum hat das zuständige Ministerium erst Ende 2016 eine Untersuchung des Landesprüfungsamtes nach § 274 SGB V veranlasst?

Die Diskussion über das Gebaren einzelner Funktionäre in der Kassenärztlichen Bundesvereinigung hat den Gesetzgeber auf den Plan gerufen, der mit dem sogenannten „GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz“ Teile der Selbstverwaltung kassiert und die Rechtsaufsicht über die vertrags(zahn-)ärztlichen Körperschaften verschärft. In Bayern sieht sich die seit 2. Januar amtierende Vorstandschaft der KZVB mit den Reaktionen der Rechtsaufsicht auf diese Fehlentwicklungen konfrontiert, während sich die Betroffenen an ihren Ruhestandsbezügen erfreuen.

Angesichts des Schadens, der über den Imageschaden für die Körperschaft hinausgeht, sollte die Standespresse unangenehme Wahrheiten nicht unter den Teppich kehren – auch wenn eigene Parteigänger betroffen sind. Erst recht sollte sie sich zu schade sein, „Fake News“ eine Plattform zu bieten – zumal dann, wenn Einzelne auf diese Weise versuchen, ihre Verantwortung für Fehlentwicklungen zu vertuschen. Ein Faktencheck und der Blick in den Spiegel wären dringend zu empfehlen.

Ihre